

Hopp zu Autohandel und Asylpolitik

BWE 06.10.2015

POLITIK Stippvisite im Autohaus Maier und bei CSU-Versammlung: MdL fordert schnelleres Verfahren für Flüchtlinge.

PILLMERSRIED. Der CSU-Ortsverband Rötz und MdL Dr. Gerhard Hopp haben das Autohaus und Landtechnik Mazda Maier in Pillmersried besichtigt. Firmenchef Thomas Maier informierte die Besucher zunächst über die Firmengeschichte.

1974 legten Christa und Martin Maier senior den Grundstein des Unternehmens. Anfangs handelte man mit LADA-Fahrzeugen und Landmaschinen und reparierte diese. 1977 wurde die Landmaschinenwerkstatt gebaut, 1980 eine Ausstellungshalle. 1987 erfolgte der Bau der Kfz-Werkstatt mit Bürogebäude und Lackieranlage. Seit mehr als 30 Jahren ist die Firma Maier Mazda-Vertragshändler. 1994 wurde der Standort in Cham gebaut, 2005 in Deggendorf. 2003 wurde der Wirtschaftsraum MAPO-Maier Automobile Partner Ostbayern mit zehn Vertriebspartnern gegründet. Die Firma Mazda-Maier beschäftigt an den drei Standorten 50 Mitarbeiter und ist ein Familienunternehmen.

Wie der Firmenchef informierte, werden pro Jahr circa 800 Fahrzeuge verkauft. Den Jahresumsatz bezifferte er auf 25 Millionen Euro. Die Käufer kommen aus dem ganzen ostbayerischen Raum von Passau bis Weiden und München. Am Standort Pillmersried werden Karosserie- und Lackierarbeiten gemacht. Der Verkauf findet hauptsächlich in Cham und Deggendorf statt. Fachkräfte, so Maier, sind in Pillmersried leichter zu bekommen.



Der Rötzer CSU-Ortsverband besichtigte zusammen mit MdL Dr. Gerhard Hopp (5. v. l.) das Autohaus Maier in Pillmersried.
Foto: wbf

Derzeit sind in der Firma zehn Auszubildende beschäftigt.

Anschließend führte der Firmenchef die Besucher durch den Betrieb. Großer Wert werde bei allen Arbeiten auf Kundenzufriedenheit gelegt. Oberstes Ziel sei immer, Qualitätsarbeit abzuliefern. CSU-Ortsvorsitzender Wolfgang Spießl bedankte sich für die Führung beim Firmenchef.

Anschließend fand eine Informationsveranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten Gerhard Hopp beim Antoniuswirt statt. Wie Hopp betonte, wolle man auch zwischen den Wahlen aktiv sein, mit den Menschen ins Gespräch kommen und sich ein Bild von den heimischen Betrieben machen. Rückblickend auf das Halbjahr 2015 betonte er, dass die verantwortungsvolle Finanzpolitik fortgesetzt werde. Bayern sei Vorreiter der Digitalisierung. Bis 2018 werde es das schnelle Internet geben, dafür investiere der Freistaat 1,5 Milliarden Euro. Ein zentrales Anliegen sei ihm vor allem die

Entwicklung des ländlichen Raumes. Im kommenden Jahr wolle man die Kommunen mit 150 Millionen Euro stärken. Der Freistaat erhöhe die Mittel für den kommunalen Straßenbau und Unterhalt um 15 Millionen Euro auf 314,3 Millionen Euro.

Zum Thema Betreuung, Schule und Bildung sagte der Landtagsabgeordnete, dass Familien und Kindern ein besonderes Augenmerk gelte. Der Landkreis Cham profitiere von einer hochwertigen Kinderbetreuung und einer damit verbundenen besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Von zentraler Bedeutung sei, dass junge Menschen die bestmögliche schulische, berufliche und akademische Bildung erhalten.

Die Aufnahme des internationalen Studienganges „Duale internationale Mechatronik“ des Technologie Campus in Cham in den Nordbayernplan und die Einrichtung des Studienganges „Soziale Arbeit“ seien positive Zwischenschritte.

Allein in die berufliche Bildung investiere der Landkreis 60 Millionen Euro und ist so der Landkreis mit der höchsten Ausbildungsrate in Bayern.

In Sachen Wohnraumbeschaffung forderte Hopp die Beschaffung von bezahlbaren Wohnungen. Außerdem sprach er sich für eine wohnortnahe medizinische Versorgung aus. Dazu gehöre auch, dass sich Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum niederlassen.

Breiten Raum nahm das Thema Asyl ein. Länder und Kommunen seien ob des großen Flüchtlingsstroms an ihre Belastungsgrenzen gekommen. Asylmissbrauch schmälere die Akzeptanz und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Deshalb forderte Hopp eine grundlegende Änderung der Asylpolitik. Es müsse klar unterschieden werden, wer Anspruch auf Schutz habe und wer ohne Bleibeperspektive komme. Eine schnellere Abwicklung von Asylverfahren sei unabdingbar, so der Abgeordnete. (wbf)